

**Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und
Menschenwürde e.V.** - Zentraler Arbeitskreis Frieden
Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Nr. 131



Kartell-Koalitionäre

von

Prof. Dr. Georg Grasnick

Redaktionsschluss: 02.01.2014

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.
Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de Homepage: www.gbmev.de/

Deutschland hat wieder eine Große Koalition. Fast drei Monate nach den Bundestagswahlen. Nach intensiven Koalitionsverhandlungen. In denen es auch lustig zugeht, wie SPD-Vorsitzender Gabriel bemerkte.

Auf die Große Koalition hatten schon am Wahlabend, nach Bekanntgabe des vorläufigen Wahlergebnisses, die Bosse der Wirtschaft orientiert. Die großen, vor der neuen Bundesregierung stehenden Aufgaben brauchten eine Große Koalition, äußerte der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDI), Hundt. Während der Koalitionsverhandlungen hakete er noch einmal nach: "Ich bin überzeugt, dass eine Große Koalition Sinn macht." (1)

Nach dieser frühen Weichenstellung verabschiedete sich die alte und nun neue Kanzlerin von ihrer beliebten Methode des Aussitzens und ergriff die Initiative.

Aus einem Pressebericht: „Bereits am Morgen nach der Wahl ruft Merkel bei Gabriel an. Er erklärt, dass seine Partei erst einmal beraten müsse. ‚Dafür hatte sie Verständnis.‘ Seitdem haben sie mehrfach miteinander telefoniert und vertrauliche Vorabsprachen getroffen.“ (2)

Dennoch ziehen sich die Koalitionsverhandlungen wochenlang hin. In der Öffentlichkeit entsteht der Eindruck – und er soll auch entstehen –, dass hier hart miteinander gerungen werde. Der von der SPD-Führung einberufene 200köpfige Konvent beschließt zudem diese Grundposition: „Die SPD steht nicht für eine Fortsetzung der bisherigen Politik der Bundesregierung zur Verfügung, sondern nur für einen Politikwechsel.“ (3) „Das klingt entschieden, ist aber letztlich butterweich“, urteilt eine bürgerliche Tageszeitung. (4)

Der Koalitionsvertrag wird dann verabschiedet. Auf 185 Seiten ist festgeschrieben, wie die Koalitionäre von Unionsparteien

1 www.welt.de/wirtschaft/articles

2 Berliner Zeitung, 19./20. Oktober 2013

3 ebenda

4 ebenda

und SPD im Innern und nach außen „Deutschlands Zukunft gestalten“ wollen. So jedenfalls ist der Vertrag überschrieben. Die Koalition solle ermöglichen, dass es uns morgen noch besser gehe, als heute, gaukelt Frau Merkel dem Wählervolk vor. Ein Vertrag „für die kleinen Leute“, verspricht SPD-Vorsitzender Gabriel. Und er beruhigt seine Genossen, die auf Grund bitterer Erfahrungen für die SPD von einer Großen Koalition nichts halten: Man sei raus aus der Opposition und wieder an der Macht, gibt er zu verstehen. Wichtige Eckpunkte des eigenen Regierungsprogramms zur Wahl seien in den Koalitionsvertrag eingegangen.

Solche Auslegungen kann Unionsfraktionschef Kauder nicht stehen lassen. Weshalb er der SPD-Führung klar macht: „In dieser Regierung wedelt der Schwanz nicht mit dem Hund.“ (5)

Über die Macht im Staate

Nun ist das allerdings mit dieser Lesart der „Machtfrage“ so eine Sache. Marx und Engels haben nämlich vor eineinhalb Jahrhunderten Funktion und Charakter des bürgerlichen Staates bloßgelegt. Er habe wesentlich die Funktion, die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse zu garantieren. Und sie definierten: „Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuss, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoiseklasse verwaltet.“ (6)

An dieser Realität hat sich seitdem im Wesen der Sache nichts geändert. Und so melden sich gewöhnlich und ganz selbstverständlich die Spitzenverbände der Konzerne und Banken vor und nach Bundestagswahlen zu Wort, um Leitlinien für den künftigen Kurs des Verwaltungsausschusses des Staates, hierzulande Bundesregierung genannt, zu vermitteln.

So wurde von den Bossen auch nach dieser Wahl grünes Licht für die Aufgaben der Koalition gegeben.

5 Der Spiegel, 49/2013

6 MEW, Bd. 4, S. 464

Diesmal fasste die grundsätzliche Position des BDA ihr Präsident Hundt in die Formel: „CDU/CSU und SPD stehen für die gemeinsame Euro-Stabilisierungspolitik der letzten Jahre und es liegt aus meiner Sicht nahe, diese vom Wähler bestätigte Politik gemeinsam fortzusetzen.“ (7) Das schließe Mindestlohn sowie Steuer- und Abgabenerhöhungen aus.

Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Grillo, verlangte: „Es muss Schluss sein mit dem ‚Wünsch-dir-was-Konzert‘ und immer neuen Ausgabenplänen... Die zentrale Frage lautet, wie wir in Europa und in Deutschland unsere Wettbewerbsfähigkeit sichern können. Löhne müssen wettbewerbsfähig sein und bleiben, Arbeitsmärkte flexibel, Energie bezahlbar, Sozialabgaben leistbar...“ (8) Das sei mit Steuererhöhungen unvereinbar. Die Steuern müssten vielmehr gesenkt werden.

Auch „wirtschaftsnahe“ Forschungsinstitute wie RWI, IWH, DIW und das Ifo-Institut warnten „dringlich“ vor einem flächendeckenden Mindestlohn von 8.50 Euro und vor Steuererhöhungen.

In diesem Bunde durften die sogenannten Wirtschaftsweisen nicht fehlen. Demonstrativ in ihren Positionen von Hundt bestärkt, unterbreiteten sie den künftigen Koalitionspartnern ein „Horrorszenario“, genannt „Gutachten“. In ihm sind diese „Empfehlungen“ aufgezählt: Weiterentwicklung der Reformen der Agenda 2010, Deregulierung des Arbeitsmarktes, Lockerung des Kündigungsschutzes, weitere Anhebung des Renteneintrittsalters, keine Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Senkung der Erbschaftsteuer, flächendeckende Erhebung von Studiengebühren.

Die Koalitionspartner haben nun einige Jahre Zeit, um die „Empfehlungen“ abzarbeiten. Sie fühlten sich jedenfalls von den Wünschen der Unternehmerverbände und dem „Gutachten“ der „Wirtschaftsweisen“ tief beeindruckt. Frau Merkel er-

7 www.welt.de/wirtschaft/articles

8 BDI Agenda, 1. November 2013

klärte, das „Gutachten“ komme „zur rechten Zeit“. „Wir werden die Hinweise ernst nehmen.“ (9) Frau Nahles, bisher SPD-Geschäftsführerin und in der Koalition nunmehr zuständig für „Arbeit und Soziales“, tat schon mal kund: „Das Geld ist knapp. Es ist klar, dass nicht alles realisiert werden kann.“ (10)

„Wettbewerbsfähigkeit“ des Kapitals sichern

Uns so sieht denn auch der Koalitionsvertrag der Großen Koalition aus.

Was den von der SPD geforderten **Mindestlohn** betrifft, so soll zwar formal ab 1. Januar 2015 ein flächendeckender Mindestlohn von 8.50 Euro gelten.

Die Realität aber sieht so aus: Bis 2017 bleiben die Tarifentgelte unter 8.50 Euro bestehen. Von 2011 bis 2013 waren 41 Tarifverträge abgeschlossen worden, die Stundenlöhne unter 8.50 Euro vorsehen. Es existieren rund 500 Lohngruppen, die unter 8.50 Euro liegen. Berücksichtigt man die Inflationsrate bis 2017, so bleiben dann von den 8.50 Euro bestenfalls 7.80 Euro übrig. Und, was oft übersehen wird, es handelt sich um einen **Brutto-Lohn**, deren Empfänger mit ihrem Monatsverdienst unter der offiziellen Armutsgrenze von 980 Euro liegen. Kommentar von Kauder: „Der Union ist es zu verdanken, dass die deutsche Wirtschaft bis 2017 Zeit hat, sich auf den Mindestlohn einzurichten.“ (11)

Im Wahlprogramm der SPD hieß es: „Prekäre Arbeit wollen wir überwinden.“ (12)

Doch neben der „für die deutsche Wirtschaft“ befriedigenden Lösung beim Mindestlohn bleiben befristete Beschäftigung und Teilzeitbeschäftigung unter 21 Stunden sowie Minijobs, Zeit- und Leiharbeit dem Profitstreben und der Wettbewerbsfähigkeit des Kapitals erhalten. Nicht beseitigt wird der versprochene Abbau der sogenannten „kalten Progression“, wonach Be-

9 Berliner Zeitung, 14. November 2013

10 Berliner Zeitung, 22. November 2013

11 Der Spiegel, 49/2013

12 www.SPD.de/Linkableblob

schäftigte bei Lohnerhöhungen infolge steigender Steuerlast netto oft weniger haben als zuvor.

Übrigens: Im zweiten und dritten Quartal 2013 sind die Real-löhne gesunken.

Marx hatte nachgewiesen: "Die aufkommende Bourgeoisie braucht und verwendet die Staatsgewalt, um den Arbeitslohn zu ‚regulieren‘. Das heißt: „ihn innerhalb der Plusmacherei“ in ihr „zusagende Schranken zu zwängen“. (13) Die heutigen Vertreter ihrer Klasse haben - gestützt auf die über ein Jahrhundert gesammelten Erfahrungen in Lohnkämpfen und der Durchsetzung des Prinzips „Teile und herrsche“ - in dieser Hinsicht einen hohen Grad an Perfektion erreicht.

In manchen sozial- und gesundheitspolitischen Fragen sieht der Konsens der Koalitionäre nicht viel anders aus.

Die Bürgerversicherung wurde von der SPD glattweg aufgegeben.

Die paritätische Krankenversicherung - mit gleichen Teilen von Unternehmen einerseits und Lohnabhängigen andererseits - sie wurde bereits 2005 von der Schröder-Regierung liquidiert - wird nicht wieder eingeführt. Der Beitrag für Unternehmen ist bei 7,3 Prozent eingefroren. Arbeiter und Angestellte müssen dagegen gegenwärtig 8,2 Prozent beisteuern. Während der Legislaturperiode ist mit Beitragserhöhungen zu rechnen, weil die Mütterrente und die Rente mit 63 für Beschäftigte mit 45 Beitragsjahren aus den Sozialkassen, also vom Beitragszahler und nicht aus Steuermitteln, also von der Allgemeinheit finanziert werden soll.

Die vielgepriesene Rente mit 63 bei 45 Beitragsjahren wird übrigens nur für einen relativ kleinen Kreis von Anwärtern - man spricht von 92.000 Männern und 24.000 Frauen - wirksam.

Die Angleichung der Löhne und Gehälter sowie der Ostrenten an das Westniveau ist laut Koalitionsvertrag weiter verschoben, denn es heißt darin: „30 Jahre nach Herstellung der Einheit Deutschlands, wenn die Lohn- und Gehaltsangleichung weiter

fortgeschritten sein wird, erfolgt in einem letzten Schritt die vollständige Angleichung der Rentenwerte.“ Zynisch - mit Blick auf die nächsten Bundestagswahlen - ist im Vertrag vermerkt, es solle Mitte 2016 geprüft werden, ob Anfang 2017 wieder eine „Teilangleichung“ erfolgen könne. (14)

Für die Pflegeversicherung werden spätestens zum 1. Januar 2016 die Beiträge erhöht.

Ein spezielles Kapitel des Koalitionsvertrags „für die kleinen Leute“ ist die sang- und klanglose Absage der SPD-Führung an ihre im Wahlkampf zunächst so euphorisch vorgetragenen Vorstellungen einer gerechten Steuerpolitik. In ihrem Wahlprogramm hatte die SPD versprochen: Wir werden die Vermögenssteuer auf ein angemessenes Niveau heben.“ (15) „Auch bei der Besteuerung der Erbschaften steht für uns die Steuergerechtigkeit im Vordergrund...“, hieß es. (16) Doch schon Wochen vor Beendigung der Wahlpropaganda war von Steuererhöhungen für Reiche, für Konzerne oder für die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer nichts mehr zu hören.

Noch nicht einmal für die bombastischen Gehälter von Managern wurde eine Grenze durchgesetzt. Ob in der Hinsicht etwas geschieht, ist nun den Hauptversammlungen überlassen worden, insofern der Aufsichtsrat entsprechend entscheidet. Damals, bei Schröder, waren den Konzernen Steuervergünstigungen in Höhe von 60 Milliarden Euro per Gesetz zugeschanzt worden.

Für die Rettung der Banken sind bisher etwa zwei Billionen Euro aufgewendet worden. Nicht genug damit - die Rettung maroder Banken ist offenbar - nach einer Einigung Schäubles mit seinen Finanzminister-Kollegen - weiterhin gesichert. Man muss davon ausgehen, dass die Summe der faulen Kredite in den Bilanzen der Banken innerhalb der Euro-Zone etwa eine Billion Euro beträgt.

14 Die Welt, 27. November 2013

15 www.SPD.de/Linkableblob

16 ebenda

Vielleicht ist noch in Erinnerung, dass die SPD im Wahlkampf geprahlt hatte, die Steuerzahler würden nie wieder die Zeche bezahlen müssen, die durch Spekulationsverluste der Banken entstanden sei.

Empörend sind auch die Festlegungen im Koalitionsvertrag, die darauf hinauslaufen, die Energiewende zu drosseln.

Hundt hatte verlangt: "Die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen darf nicht durch den weiteren unkontrollierten Ausbau erneuerbarer Energien und die damit verbundene Kostenexplosion gefährdet werden." (17) Und Grillo forderte, es gehöre „eine bezahlbare und sichere Energieversorgung auf Platz eins der Prioritätenliste.“ (18) „Bezahlbar und sicher“ natürlich für die Unternehmen.

Die Unionsparteien und die SPD entsprachen den Profitinteressen der vier großen Energiekonzerne, den Betreibern der Atom- und Kohlekraftwerke. Im Koalitionsvertrag wird heuchlerisch beteuert: Die Energiewende ist ein richtiger und notwendiger Schritt auf dem Weg in eine Industriegesellschaft, die dem Gedanken der Nachhaltigkeit und der Bewahrung der Schöpfung verpflichtet ist.“ (19) Doch dann folgt das Versprechen an die Konzerne, einen „kontrollierten“ Ausbau der erneuerbaren Energien zu gewährleisten. Dazu wird ein „Ausbaukorridor“ geschaffen. Er soll die für die Konzerne lästige Konkurrenz, nämlich die erneuerbare Energie, in ihrem Wachstum drosseln. Das Ausbautempo für Wind-, Solar- und Biomasse-Energie wird gegenüber dem bisherigen Zeitplan um ein Drittel gesenkt.

Die Strompreise für private Haushalte werden weiter erhöht. Die Konzerne erhalten, damit die Profitmasse gesichert ist, weiterhin Preisabschläge.

Die SPD-Führung hatte vor den Bundestagswahlen dem Wähler ein, wie es hieß, „Regierungsprogramm neuen Typs“, „mit

17 www.welt.de/wirtschaft/article

18 BDI Agenda, 1. November 2013

19 www.welt.de/wirtschaft/article

„klassisch‘ erarbeiteten Programmpunkten“ angeboten. Es ist nun weitgehend Makulatur.

Weitere Polarisierung der Gesellschaft

Mit der „Flexibilisierung des Arbeitsmarktes“ und der „Euro-Stabilisierungspolitik“ wird der „Wettbewerbsfähigkeit“ der „deutschen Wirtschaft“, also der Profitmaximierung des Kapitals, von der Großen Koalition Genüge getan. Fortgesetzte Umverteilung von unten nach oben bleibt selbstverständlich, weil systemimmanent, im Programm.

Die Europäische Zentralbank trägt auf ihre Weise mit einer Politik des Niedrigzinssatzes und des billigen Geldes dazu bei, einerseits die kleinen Sparer zu enteignen und andererseits Spielgeld für immer neue „waghalsige Geschäfte“ auszusütten. Die Bankenrettung wird für den Steuerzahler kostenaufwendig weitergeführt. Im Koalitionsvertrag findet sich kein Wort, das das Mega-Geschäft der Banken während der Krise verurteilen würde.

Den Superreichen geht es dank der Tätigkeit des Verwaltungsausschusses des Kapitals - sprich Bundesregierung - besser denn je.

Allein vom September 2012 bis zum September 2013, also in 12 Monaten, stieg das Vermögen der reichsten Deutschen um 5,2 Prozent auf 336,6 Milliarden Euro. (20)

Mehr als eine Million Bundesbürger verfügte 2012 über ein Geldvermögen von über einer Million Dollar.

Die SPD wollte mit ihrem „Regierungsprogramm“ den Frust von Wählern auffangen und kanalisieren. Mit gespielter Empörung wurde deshalb konstatiert: „Das Vermögen privater Haushalte wächst und beträgt zehn Billionen Euro“. Und weiter wurde registriert, dass die obersten zehn Prozent der Haushalte 1970 über 44 Prozent des gesamten Nettovermögens im Lande verfügten, heute jedoch über 60 Prozent. (21)

20 Berliner Zeitung, 8. Oktober 2013

21 www.SPD.de/Linkableblob

Die Kehrseite dieser Entwicklung: Rund 13 Millionen Menschen hierzulande, jeder sechste Bürger also, ist von Armut bedroht. Als gefährdet gilt, wer über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens verfügt. Das entspricht 980 Euro monatlich für Alleinstehende und 2058 Euro für zwei Erwachsene und zwei Kinder unter 14 Jahren. (22) Von Armut bedroht sind vor allem Menschen in befristeter oder Teilzeitarbeit unter 21 Stunden, mit Minijobs und Leiharbeit.

Etwa neun Prozent der Bundesbürger, das sind 7,25 Millionen Menschen sind auf staatliche Hilfe angewiesen. (23)

Nahezu jeder zehnte Deutsche ist nach Angaben der Wirtschaftsauskunftei Creditreform überschuldet. Rund 6,5 Millionen sind folglich außerstande, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. (24)

Und noch eine Wahrheit: Die Lebenserwartung von Männern der niedrigsten Einkommensgruppe liegt im Schnitt um fast elf Jahre unter der von Männern mit hohem Einkommen. Bei Frauen beträgt der Unterschied acht Jahre. (25)

Die Koalitionäre denken in ihrem Koalitionsvertrag nicht im entferntesten daran, der Armut zu begegnen. Ihre Politik sorgt vielmehr dafür, dass die Schere zwischen Reich und Arm immer weiter auseinanderklafft. Das galt bisher schon für verschiedene Regionen in einzelnen Bundesländern. Beispielsweise leben im Bayerischen Oberland 8,1 Prozent Menschen, die als arm gelten, in Vorpommern sind es 25,5 Prozent.

Die Spaltung des Landes vertieft sich von Jahr zu Jahr.

Die SPD-Wahlversprechungen, wonach die Superreichen mit Hilfe von Steuererhöhungen und einer Vermögenssteuer zur Kasse gebeten würden, erwiesen sich als schnöder Wahlbetrug. Der Bundespräsident, der seinen Job nicht zuletzt der SPD verdankt, springt in die Bresche. Als glühender Verfechter der für das Kapital so segensreichen Marktwirtschaft ist er bemüht, die

22 Junge Welt, 27. November 2013

23 dpa, 14. November 2013

24 dpa, 6. November 2013

25 Junge Welt, 27. November 2013

Polarisierung zwischen Arm und Reich zu leugnen und die Kapitalherrschaft schön zu reden. So warb er auf dem sogenannten Arbeitgebertag „für ein positives Bild von Unternehmen und Arbeitgebern.“ Immerhin haben sie mit Hilfe von Billigjobs die offizielle Arbeitslosenstatistik deutlich schönen können.

Aus einem Bericht der „Berliner Zeitung“ über Gaucks Auftreten auf dem „Arbeitgebertag“:

„ Er hob die großen wirtschaftlichen Erfolge Deutschlands und den enormen Rückgang der Arbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren hervor. Der Bundespräsident warf älteren Ostdeutschen eine rückwärtsgewandte Mentalität und eine negative Einstellung zur Marktwirtschaft vor. Der ehemalige DDR-Bürger beklagte, dass die Öffentlichkeit das Bild der Arbeitgeber oft auf harte Verhandler in Lohnrunden und kaltherzige Profitmaximierer reduziere. „Einige ältere Deutsche, die früher im DDR-Staatsbürgerkundeunterricht die ewig-gültigen Lehrsätze des Marxismus-Leninismus auswendig lernen mussten, haben noch immer das Bild vom Klassenkampf im Kopf, wenn vom Kapital oder von Unternehmen die Rede ist.“ (26) Aufschlussreich ist an diesem Auftreten Gaucks zweierlei:

Zum einen führt der Bundespräsident - Don Quichotte gleich - einen aussichtslosen Kampf gegen die in der Welt des Kapitalismus Tag für Tag bestätigten, von ihm verständlicherweise geschmähten „ewiggültigen Lehrsätze“. Obwohl es sich doch nur um „einige ältere Deutsche“ handelt, wie er sagt. Um DDR-Bürger also, die ihm solchen Kraftaufwand abverlangen. Wobei diese Bürger nun wiederum die Erfahrungen mit zwei Gesellschaftsordnungen besitzen und insofern in der Lage sind, zwischen beiden zu vergleichen.

Zum anderen hält es Herr Gauck für seine Pflicht und Schuldigkeit, auf dem „Arbeitgebertag“ mit seinem Kotau und diesen Aussagen vor der Wirtschaftselite des Landes zu bezeugen, dass der Antikommunismus, der sich nach Thomas Mann als „Grundtorheit“ einer vergangenen Epoche erwies, nach wie vor ein wichtiges Element der Staatsdoktrin der BRD ist.

Die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ dagegen hält es nicht für nötig, die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die Aussichten, die sie den Bürgern in der neuen Legislaturperiode bietet, in den Himmel zu heben. Befriedigt stellt das Blatt fest: Es „regiert in Berlin in den kommenden vier Jahren ein Kartell...Kartelle brauchen sich um ihre Kunden wenig zu scheren und haben die Macht, Preise zu setzen.“ (27) Die von Gauck so gefeierten Kapitalverhältnisse ermöglichen solche politische Praxis.

Globale Ordnungsmacht

Die Erwartung des BDA, mit Hilfe einer Großen Koalition die großen vor Deutschland stehenden Aufgaben zu bewältigen, gelten im besonderen Maße für die Außen- und Sicherheitspolitik.

Mit Blick auf „Deutschlands Zukunftsgestaltung“ hatte im Herbst 2011 der BDI die Merkel-Regierung aufgefordert, entschiedenen Kurs auf die Weltspitze zu nehmen. In Thesen wurden Schritte zum weiteren Ausbau der Hegemonialrolle des deutschen Kapitals in der EU genannt.

Und zwar als elementare Voraussetzung, um gestützt auf das Potential der EU, über die Geschicke dieser Welt mitentscheiden zu können. Heißt es doch in den Thesen: „Die weltwirtschaftlichen Geschicke werden zukünftig nicht mehr auf einer G-8- oder G-20-Ebene entschieden, sondern auf einer G-2- oder G-3-Ebene. Bei den jetzt notwendigen Weichenstellungen geht es auch darum, ob Europa die Rolle des Dritten im Bunde spielen kann und will.“ (28)

Mit ihrem Krisenmanagement hat das Duo Merkel-Schäuble alles daran gesetzt, die Rolle der BRD als EU-Hegemonialmacht auszubauen und das EU-Potential den Expansionsgelüsten des deutschen Imperialismus dienstbar zu machen. Kauder hatte das schon vor einiger Zeit auf die Formel gebracht, in Europa werde jetzt deutsch gesprochen. Trotzdem reicht offenbar nicht

27 Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 16. November 2013

28 Der Bundespräsident, Deutscher Arbeitgebtag, 19. November 2013

aus, was deutsches Krisenmanagement hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit in Südeuropa aus- und angerichtet hat. BDI-Chef Grillo will nämlich den ganzen Kontinent auf deutsche Norm bringen: „Der Rest unseres Kontinents leidet fast durchgehend an einer fehlenden Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und einer zu starken Dynamik der Sozialausgaben. Beides hat die Wettbewerbsfähigkeit von Industrien geschmälert.“ (29)

Die bisherige Bundesregierung hatte deshalb Beschlussfassungen vorbereitet, die vom EU-Gipfel absegnet werden sollen. Sie beinhalten Forderungen nach weiterer Flexibilisierung der Arbeitsmärkte der Mitgliedsländer, Lohnabbau, Entlassungen in den Verwaltungen und Steuersenkungen für Unternehmen. Die Koalitionäre umschreiben ihre Aufgabe bei der Durchsetzung der weiteren Disziplinierung ihrer EU-Partner so: „Gerade Deutschland - als größte Volkswirtschaft in Europa - kommt eine besondere Verantwortung für unseren Kontinent zu.“ (30) Wenn die Große Koalition „Deutschlands Zukunft gestalten“ soll und will, müssen die Aufgaben der neuen Bundesregierung klar umrissen werden.

Rund 50 teils hochrangige Exponenten des Berliner Außenpolitik-Establishments haben dafür Grundzüge für die künftige deutsche Außenpolitik erarbeitet und vorgelegt. „Neue Macht - Neue Verantwortung. Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch“ ist das Strategiepapier überschrieben.

Auf einen kurzen Nenner gebracht: Es geht um mehr deutsche „Führung“ in der Welt.

Zum Ausgangspunkt des Papiers wird gesagt: „Deutschlands gewachsene Kraft verleiht ihm heute neue Einflussmöglichkeiten. Das ist Anlass für eine Neuvermessung seiner internationalen Beziehungen.“ Bei dieser „Neuvermessung“ müsse Deutschland, da die Vereinigten Staaten - „im Bewusstsein reduzierter eigener Ressourcen“ und „nur noch bedingt gewillt, die internationale Ordnung als globaler Hegemon zu garantie-

29 BDI Agenda, 1. November 2013

30 www.welt.de/wirtschaft/article

ren“ -, stärkere weltpolitische Aktivitäten zeigen und von einer 'Gestaltungsmacht im Wartestand' zu einer Führungsmacht werden.“ Es gelte nicht nur gegen Staaten vorzugehen, die als „Störer“ klassifiziert werden. (Direkt genannt werden Iran, Syrien, Nordkorea, Kuba und Venezuela.) Man müsse auch einen angemessenen Umgang mit aufstrebenden Ländern finden, die nicht bereit seien, sich dem Westen umstandslos zu fügen. Dies könne - nach dem Muster der Bonner Ostpolitik der 1970er Jahre („Wandel durch Annäherung“) geschehen. Für die deutsche Weltpolitik reichten „militärische Einsätze“ der Bundeswehr „von humanitärer Hilfe, über Beratung, Unterstützung, Aufklärung und Stabilisierungsoperationen bis hin zum Kampfeinsatz.“ (31)

Passgerecht zu dieser Aufzählung ist es der BRD inzwischen gegen heftigen Widerstand Frankreichs gelungen, im Rahmen von EU und NATO auch militärisch an die Spitze zu gelangen. Die BRD ist in den Rang einer „Rahmennation“ aufgestiegen. Sie erhält damit das Recht, selbsttätig Verbündete zu suchen und „militärische Fähigkeiten“ zu entwickeln. Das umfasst Aufklärungsmaßnahmen, Rüstungsprojekte und multinational aufgestellte Kampfverbände. (32)

Die Koalitionäre ziehen in ihrem Vertrag aus all dem den Schluss: Die EU „muss in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts die internationale Politik mit gestalten und hierfür eine eigenständige starke Rolle wahrnehmen.“ (33) Man wolle, so weiter, „in Zukunft entschlossener als bisher „die internationale Politik mit gestalten“ und dabei „eine starke eigenständige Rolle wahrnehmen.“ Dabei setze man auch auf die EU, die ihre „zivilen und militärischen Instrumente“ für weltweite Interventionen enger verknüpfen müsse. (34)

Der Bundespräsident schaltet sich auch hier unmittelbar in das politische Geschäft ein. Denn zu einer „wehrhaften Demokra-

31 Junge Welt, 26./27. Oktober 2013

32 Junge Welt, 4. Dezember 2013

33 www.welt.de/wirtschaft/article

34 German Foreign Policy, 17. November 2013

tie“, die solch weltpolitische Aufgaben zu lösen hat, gehört die Bereitschaft des Volkes. Er hat in dieser Hinsicht wiederholt Schützenhilfe geleistet. Er hatte schon vor der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg die „Bereitschaft zur Hingabe“ und den „Mut-Bürger in Uniform“ als besonders gefragte Eigenschaften eingefordert. (35)

Am „Tag der deutschen Einheit“ stimmte er die deutsche Öffentlichkeit erneut eindringlich auf den nunmehr dritten Aufbruch des deutschen Kapitals ein, an die Weltspitze zu gelangen, „Weniger Verantwortung, das geht eigentlich nicht länger,“ so Gauck, „an mehr Verantwortung müssen wir uns erst noch gewöhnen...Eine Verheißung kann uns zur Gewissheit werden: Wir müssen glauben, was wir könnten. Dann werden wir können, woran wir glauben.“ (36) Bei den ersten beiden Versuchen im vergangenen Jahrhundert, „Deutschlands Zukunft (zu) gestalten“ wurden Millionen und Abermillionen Deutsche in einen wahnwitzigen Irrglauben versetzt. Sie könnten Deutschland einen „Platz an der Sonne“ erkämpfen. Später dann - es gehöre uns „heute Deutschland und morgen die ganze Welt“ Aus der Verheißung wurde für nicht wenige Überlebende die Gewissheit, dass sie einem verbrecherischen System zum Opfer gefallen waren. Die Unbelehrbaren sprechen dagegen schon wieder von der „Verantwortung Deutschlands für die Welt“.

Kartell der Willkür ?

Der BDI erwartet von der neuen Bundesregierung: “Dies wird die größte Große Koalition seit 1969. Sie hat enorme Gestaltungsmacht, die sie nutzen muss...Deutschland braucht verantwortungsvolles Handeln für die Zeit jenseits der nächsten und auch der übernächsten Legislaturperiode.“ (37)

Die Deutschen haben Erfahrungen mit Großen Koalitionen. Die erste Große Koalition in den 1960er Jahren verabschiedete

35 Spiegel online Politik, 12. Juni 2012

36 Junge Welt, 4. Oktober 2013, Junge Welt, 9. Oktober 2013

37 BDI Agenda, 1. November 2013

die Notstandsgesetze.

Die zweite Große Koalition, die erst vor vier Jahren endete, bescherte den Deutschen die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre, eine deftige Erhöhung der Mehrwertsteuer und – zum Zweck des Ausbaus des Überwachungsstaates – die Datenspeicherrichtlinie. Letztere erwies sich dann allerdings als unvereinbar mit der EU-Grundrechtscharta.

Die gegenwärtige Koalition kann mit ihrer satten Mehrheit jederzeit das Grundgesetz ändern. Die außen- und sicherheitspolitischen Zielsetzungen sind von der herrschenden Kräften des Landes programmatisch dargelegt und in den Koalitionsvertrag aufgenommen worden. Innenpolitisch wird, um die Gestaltung der „globalen Ordnung“ nach dem Zuschnitt des deutschen Kapitals abzusichern, die Militarisierung vorangetrieben. Im Zusammenwirken mit den Diensten „befreundeter Staaten“ wird der Überwachungsstaat weiter ausgebaut. Die Bundeswehr unterstützt die Rekrutierung von „Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräften (RSUKr) Diese „Heimatschutz-Einheiten“ sollen der Polizei „Amtshilfe“ u. a. bei der „Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer“ leisten. (38)

In diesem Jahr begehen wir den 100. Jahrestag des Ersten und den 75. Jahrestag des Zweiten Weltkrieges. Das alte Deutschland, das die BRD repräsentiert, hat nie Lehren aus dem vom deutschen Imperialismus wiederholt veranlassten Völkermord gezogen.

Die im Strategiepapier der Großen Koalition umrissenen Hegemonieziele und die darauf ausgerichtete Politik bedrohen die Lebensinteressen unseres Volkes. Aufklärung über die Verbrechen des deutschen Imperialismus in Vergangenheit und Gegenwart bleiben das Gebot der Stunde.